



PTI

Strategische Klausur 2013
Explorationsphase

19. September 2013

PTI DER NORDKIRCHE – MENSCHEN STÄRKEN – FRAGEN KLÄREN

INHALT DIESER AUSGABE

Politische Perspektiven zu RU und Inklusion aus MV

von Hans-Ulrich Keßler

Am 19. September trafen wir uns in der Geschäftsstelle der AG TEO in Schwerin mit Ulrike Berger, der fachpolitischen Sprecherin für Bildung, Kultur, Medien, Atompolitik der Grünen. Frau U. Berger ist Mitglied des Landtags von Mecklenburg Vorpommern und Wissenschaftliche Mitarbeiterin und Leiterin des Lektorats Deutsch als Fremdsprache an der Universität Greifswald.

Für eine Pluralität der Konzepte und Wahlfreiheit

Religiöse Bildung als Teil des Bildungsauftrags von Schule ist Frau Berger nicht nur ein persönliches Anliegen. Auch ihre Partei hat – anders als im Westen Deutschlands – historisch bedingt eine Affinität zu Kirche und Christentum. Diese Affinität wäre jedoch missverstanden, wenn aus ihr ein politischer Wille abgeleitet würde, dem christlichen Religionsunterricht einen Vorrang in der Schule einräumen zu wollen. Die Grünen, so Frau Berger, setzen sich vielmehr dafür ein, dass es an den Schulen in MV einen Wahlpflichtbereich gibt, in dem Kinder zwischen Religion und einem Fach wie z.B. Philosophie wählen können und müssen, um sich mit Fragen

der Wert- und Sinnorientierung zu beschäftigen.

Die Funktion des Religionsunterrichts sehen die Grünen darin, dass der RU gemeinsam mit Fächern wie Geschichte, Philosophie oder Sozialkunde einen wesentlichen Beitrag dazu leistet, die Ursprünge unserer Kultur zu verstehen. Zugleich bildet ein Fach RU in der Schule das Menschenbild der Grünen ab, insofern zum Menschsein auch ein religiöses Bedürfnis nach Sinnorientierung gehört und Schule sich einer ganzheitlichen Bildung des Menschen verpflichtet sehen soll.

Die kirchliche Verantwortung der Inhalte des RU entsprechend GG Art. 7 (3) sieht Frau Berger nicht als problematisch an. Die Problematisierung einer solchen religionsgemeinschaftlichen Verantwortung der Inhalte des RU an anderer Stelle interpretiert sie als basierend auf einer mangel- oder fehlerhaften Kommunikation des Sinns dieser grundgesetzlichen Regelung.

Inklusion

Die Grünen sind mit der bisherigen Entwicklung einer inklusiven Praxis an den Schulen in MV unzufrieden. Entgegen



Frau Berger kam mit grünen Positionen und jüngstem Familienmitglied...

geltender Verordnungslage gibt das Ministerium nicht ausreichend Ressourcen für Sonderpädagogik in das System. Nach grüner Einschätzung müssten entsprechend dieser Verordnungslage schon heute 50 Sonderpädagogenstellen zusätzlich in das System gegeben werden.

Für die Grünen ist das Ziel der inklusiven Schule verbindlich. Als wichtigste Schritte zur Erreichung dieses Ziels nennt Frau Berger zunächst die Arbeit am Bewusstsein der Bevölkerung. Sie verweist in diesem Zusammenhang auf Schweden, wo die Menschen begriffen hätten, das es sehr viel kostengünstiger sei, Schüler_innen inklusiv zu beschulen als Menschen ohne Abschluss 60 bis 80 Jahre mit Sozialleistungen auszustatten.

Darüber hinaus fordert Frau Berger einen Ausbau der Ausbildungskapazitäten in Rostock und Greifswald, um die im Zusammenhang mit der Inklusion entstehenden Bedarfe überhaupt decken zu können. Strategisch plädiert sie dafür, Inklusion nach dem Prinzip „vom Leichten zum Schweren“ über eine längere Zeit zu entwickeln.

Aus der Diskussion des PTI-Kollegiums...

Rückblickend auf die gesamte Woche zum Thema politische Perspektiven fällt auf, wie ungewöhnlich schwer es war, politische Parteien für ein Gespräch mit dem PTI zu gewinnen. Dass dies nur am Zeitpunkt (eine Woche vor der Bundestagswahl) liegt, scheint unwahrscheinlich. Vielmehr dürfte es zumindest auch Ausdruck einer Prioritäteneinschätzung im Bereich bildungspolitischen Handelns sein.

Insgesamt bleibt der Eindruck, dass den politischen Vertreter_innen, mit denen wir reden konnten, die grundgesetzliche Konstruktion des und ihre Bedeutung nur anfänglich vertraut ist. Interessant ist die Frage, ob es ein Interesse von Politik geben könnte, diese Konstruktion nicht klar in die Schulen zu kommunizieren: Könnte es sein, dass die Politik einen Gewinn aus der Tatsache zieht, dass eine ganze Reihe von Schulleitungen den RU als mehr oder weniger ungebührliche Einmischung von Kirche in ein staatliches Bildungsgeschehen verstehen?

Mein Fazit...

Wie auch immer diese Frage zu beantworten ist: Deutlich ist mir, dass nicht nur Schulleitungen und Schulaufsicht Religionsgemeinschaften als Gesprächspartner für den Sinn religiöser Bildung an Schule brauchen. Vielmehr muss auch mit der Politik über die

Rechtskonstruktion von GG 7 (3) und deren Sinnhaftigkeit offensiv diskutiert werden.

IMPRESSUM

PTI der Nordkirche

Hans-Ulrich Keßler

Königstraße 54, 22767 Hamburg

<http://pti.nordkirche.de>